

Blick aus Stuttgart

INHALT DIESER AUSGABE

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche wurde im Landtag über Studiengebühren diskutiert. Die grünschwarze Landesregierung möchte der grenzüberschreitende Bildung und Internationalisierung einen Riegel vorschieben und Studiengebühren für EU-Ausländer*innen und Zweitstudierende einführen. Inwieweit die Ministerin Bauer damit die Rahmenbedingungen für die Einführung allgemeiner Studiengebühren schafft, bleibt zu klären.

Wer in den letzten Tagen in die Presse geschaut hat, der hat mitbekommen, mit welcher Polemik einige Medien plakatiert haben, dass die Kriminalität durch Flüchtlinge steigt. Bei näherer Betrachtung hingegen wird klar, dass Zuwanderer nicht zwangsläufig mehr Straftaten begehen, als schon länger hier lebende Mitmenschen. Hier werden Zahlen gerne verdreht und der AfD schaffen wir somit fruchtbaren Boden. Wir müssen mit Fakten und Tatsachen Aufklärungsarbeit betreiben unsere sogenannte "Leitkultur" heißt

Grundgesetz. Die Populisten werden immer im Vorteil sein, da wir mit Querverweisen und

Kausalzusammenhängen

argumentieren müssen, während die Rechtspopulisten sich einfachster Scheinlösungen bedienen. Überlassen wir den Hetzern nicht das Spielfeld und kämpfen wir für die Werte für die wir seit über 150 Jahren stehen.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und möchte euch auch auf den Newsletter der SDP-Landtagsfraktion aufmerksam machen, den ihr <u>hier</u> abonnieren könnt.

Eure

Sasine Wille



Aus der Fraktion

Studiengebühren, Grundschulen, ABW, Pakt für Integration

Seite 2



Im Wahlkreis

Kriminalität, Schwarzwald I Heimat I Markt

Seite 4

Pakt für Integration

Am 25. April hat die Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden den Pakt für Integration (PIK) geschlossen. Dabei stellt das Land den Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Davon fließen 180 Millionen Euro direkt in die Unterstützung bei den Kosten der Anschlussunterbringung. Die restlichen 140 Millionen Euro sind an Förderprogramme gebunden. Damit werden gezielt Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Übergang in den Beruf sowie bürgerschaftliches Engagement finanziert – und neu auch die Schaffung von landesweit 1.000 Integrationsmanagern. Sie sollen vor Ort Lotsen- und Wegweiser-Funktion für die

Flüchtlinge haben, individuelle Sozialberatung und Betreuung anbieten. Dass dies nötig ist, weiß ich aus vielen Gesprächen mit Ehrenamtlichen, Firmen und auch Verwaltungen, die mir unisono berichten, dass die Integration in der Praxis nicht rund läuft. Es gibt noch zu viele Bruchstellen, angefangen von bürokratischen Hürden und einer schier unüberschaubaren Zahl von Angeboten bis hin Informationsdefiziten. 24 Millionen Euro fließen in Maßnahmen aus dem Bereich Bildung, sowie bürgerschaftliches Engagement in der Kommune. Hier wird jetzt nachgesteuert, und das ist gut so. Integration findet in den Kommunen statt und die damit verbundenen Herausforderungen müssen vor Ort gelöst werden. Doch

klar ist auch, dass die Integration von Geflüchteten keine zeitlich begrenzte Maßnahme ist, sondern Jahre dauert. Daher ist es wichtig, dass die Finanzierung des Paktes für Integration durch das Land auch nach 2018 gesichert ist. Falls die Stellen der Integrationsmanager aufgrund der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht zeitnah besetzt werden können, sollte das Geld nach unserer Meinung nicht verfallen, sondern trotzdem den Kommunen zu Gute kommen. Städte, Gemeinden und Freie Träger wissen am besten, für welche Integrationsprojekte man damit vor Ort voranbringen kann.

Hier findet ihr meine Rede.



AfD im Landtag hat noch immer keine Rechnung vorgelegt

Nach dem Sommertheater und der Abspaltung der ABW von der AfD-Fraktion hatte die neu gegründete ABW-Fraktion - wie alle anderen Fraktionen auch - Anspruch auf Fraktionszulagen. An die ABW wurden mehrere hunderttausend ausbezahlt. Nach der "Wiedervereinigung" der beiden Fraktionen hätten die nicht verbrauchten Gelder der ABW zurückerstattet werden müssen. Doch der Fraktionsvorsitzende Meuthen hat die Abrechnung bis

heute nicht vorgelegt, die Frist 11. März für die Rechnungslegung schamlos verstreichen lassen. Die Landtagsverwaltung hat die AfD-Fraktion jetzt schriftlich aufgefordert, "die Rechnung unverzüglich einzureichen und den gesetzwidrigen Zustand damit umgehend zu beenden". Dies spricht für sich und ist exemplarisch für die Art und Weise der AfD. Falschbehauptungen Tricksereien gehören und zum politischen Repertoire der Populisten.



Entlastung von Grundschullehrkräften



Grundschullehrkräfte sind massiv überbelastet. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der GEW veröffentlichten Studie. Neue Aufgaben, eine sich ständig ändernde Gesellschaftsdynamik und steigende Schüler*innenzahlen stellen Lehrkräfte vor neue Herausforderungen. Dass die Landesregierung im selben Atemzug 1074 Lehrerstellen streicht, ist eine gefährliche Entwicklung in Richtung mangelnder Unterrichtsversorgung und ein Zeichen an die

engagierten Lehrer*innen, wie viel der Landesregierung die Arbeit der Pädagog*innen wirklich wert ist. Bei steigenden Schüler*innenzahlen braucht es mehr und Auch im nicht weniger Lehrerstellen. Landkreis mangelnde Emmendingen bekommen wir die Unterrichtsversorgung zu spüren. Anfang des Schuljahres konnten bei uns im Kreis an Grundschulen in Biederbach, Denzlingen, Endingen, Herbolzheim-Broggingen, Kenzingen, Kenzingen-Hecklingen, Kollmarsreute, Prechtal, Waldkirch (Schwarzenbergschule), Waldkirch (Primarstufe der Kastelbergschule), Waldkirch-Kollnau, Wyhl, an der Grundschule Teningen-Köndringen sowie im Schulzentrum Elzach kein regelmäßiger Unterricht stattfinden. Der Grund: Es gab zu wenig Bewerber*innen. Doch anstatt mehr Anreize zu schaffen, versucht die Landesregierung jetzt zwanghaft, jegliche Schuld von sich zu weisen. Der Vorschlag der SPD, junge Referendare künftig auch über die Sommerferien hinweg zu beschäftigen und nicht vorübergehend in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, wurde von der Kultusministerin mit den Worten "Ich halte dies für durchaus zumutbar" abgewiesen. Hier findet ihr meine Anfrage zur Unterrichtsversorgung.

Studiengebühren

Am 3. Mai hat der Landtag mit den Stimmen der grün-schwarzen Regierungskoalition und gegen die Stimmen der SPD die Einführung Studiengebühren ausländische Studierende aus Nicht-EU-Staaten und für Zweitstudierende beschlossen. Ausnahmen sind vorgesehen, doch 1500 Euro bzw. 600 Euro pro Semester sind politisch ein fatales Signal für ein Land, das nicht Rohstoffe, sondern Bildung und Know-How als Zukunftskapital für sich beansprucht. Darüber hinaus Studiengebühren für eine sind bestimmte Gruppe diskriminierend stehen im eklatanten und Widerspruch zur Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle. Auch sind internationale Studiengebühren weder sozialverträglich noch nachhaltig und obendrein der falsche Weg, um Haushaltslöcher im Hochschul- und Kulturressort zu



stopfen. Schon gar nicht rechtfertigen lässt sich die Einführung der Studiengebühren, wenn man weiß, dass das Land Baden-Württemberg im Jahr 2016 einen Überschuss von 3,5 Mrd. Euro erwirtschaftet hat, von Milliarden-Überschüssen aus profitiert den Vorjahren und obendrein über Rücklagen in Höhe von rund 500 Millionen Euro verfügt. Klamme Kassen sehen anders aus! Hinzu kommt hinzu. dass die Einnahmen durch Studiengebühren nicht zweckgebunden den Hochschulen zu Gute kommen werden, sondern in den allgemeinen Haushalt einfließen. Kein Prestigevorhaben für ein so wohlhabendes Bundesland wie Baden-Württemberg, das rühmen darf, die innovativste Region innerhalb Europas zu sein. Für die SPD gilt nach wie vor: Gleiche Bildungschancen für alle und das Versprechen auf Aufstieg durch Bildung. Wir werden uns daher weiterhin dafür stark machen, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Einbruchszahlen in Emmendingen nehmen deutlich ab

Vergangene Woche sorgte die jüngste Kriminalitätsstatistik (PSK 2016) von Bundesinnenminister De Maiziére für großes Unbehagen in der Bevölkerung. Schlagzeilen wie "Deutlich mehr Gewaltdelikte" oder "Mehr Straftaten durch Zuwanderer" lassen Schlimmes befürchten, doch sind derartige Rückschlüsse nur bedingt richtig. Bezogen auf Emmendingen beträgt der Anteil der Zuwanderer unter den Beschuldigten etwa 11 Prozent, allerdings muss man dazu wissen, dass die Kriminalstatistik keine rechtskräftig verurteilten Straftäter, sondern lediglich Personen zählt, gegen die ein Tatverdacht besteht und polizeilich ermittelt wird. Hinzu kommt, dass bei mehrfach Tatverdächtigen jede Tat einzeln erfasst wird, und dass Flüchtlinge für dasselbe Vergehen deutlich häufiger angezeigt, als schon länger hier lebende



Menschen. Wichtig ist auch, dass 80 % der Opfer von Straftaten selbst Migranten sind. Die Unterbringung von vielen Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen, mit unterschiedlichen Glaubenszugehörigkeiten und womöglich mit traumatischen Fluchterfahrungen in beengten Gemeinschaftsunterkünften ist hier als eine Ursache zu nennen. Exponentiell zugenommen haben allerdings die Zahlen rechtsgerichteter Straftaten und Körperverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund. Von den Körperverletzungen im Jahr 2016 hatten 1400 einen rechtsextremen Hintergrund, insgesamt wurden 23.500 Straftaten mit rechtem Hintergrund gezählt. Deutlich abgenommen haben hingegen die Einbruchszahlen in Emmendingen. Wurden im Vorjahr noch über 33 Wohnungseinbrüche gemeldet, waren es im Jahr darauf "nur" noch 25 Fälle. Mit 58,8 Prozent lag die Aufklärungsquote im Revierbereich Emmendingen auch im vergangenen Jahr erfreulich hoch.

Schwarzwald I Heimat I Markt

Elzach besuchte ich den Schwarzwaldmarkt traditionellen dortigen Gewerbevereins. des Heimwerker, Künstler und Designer haben das Label "Schwarzwald" erfrischend modern und frech ganz interpretiert und dem Markenzeichen Schwarzwald so ein zeitgemäßes Image verpasst. Nach einem Rundgang und einer Führung durch den Markt blieb noch Zeit, sich kulinarisch verwöhnen zu lassen. Hier wurde deutlich, dass die kleinen Gemeinden und Kommunen mit regionalen Produkten und Erzeug-



nissen das Rückgrat und Aushängeschild unserer schönen Heimat verkörpern. Erfindergeist, zündende Ideen und Konzepte müssen nicht unbedingt im Silicon-Valley entstehen, sondern werden dort geboren, wo Menschen verwurzelt sind und gekonnt Tradition und Moderne mit Populärem verknüpfen.

Veranstaltungen

Am Donnerstag, den 04. Mai 2017 habe ich im Siedlerheim Hanfröze, in Kippenheim als integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion auf Einladung des SPD-Ortsvereins Kippenheim-Schiemheim über die Flüchtlingspolitik und ihre Auswirkungen auf die politische und soziale Arbeit referieret. Solltet ihr auch Ideen und Vorschläge für Veranstaltungen haben, so könnt ihr euch gerne bei uns im Büro melden.





Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte als eure Landtagsabgeordnete und in meiner Funktion als Fachpolitikerin mit euch in den Ortsvereinen ins Gespräch kommen. Ich bin der Überzeugung, dass Politik vom gegenseitigen Austausch lebt und wir sollten gemeinsam diskutieren und in einen Dialog treten. Verschiedene Standpunkte und Perspektiven auf ein Thema bereichern die politische Debatte.

Ich möchte mein fachpolitisches Wissen mit euch teilen und in Form von Veranstaltungen, Projekten oder Referaten in euren Ortsvereinen eine gemeinsame Debatte anstoßen.

Meine Themen:









In meiner Funktion als Sprecherin für Sozial-, Integrations, Inklusions- und Gleichstellungspolitik stehe ich für Fragen und Terminen vor Ort immer gerne zur Verfügung. Solltet ihr allerdings Interesse an anderen Themen zeigen, können wir bestimmt auch dazu etwas arrangieren.

Interesse:

Solltet ihr Interesse an einem fachlichen Austausch, einem Kurzreferat oder einem anderen Format haben, dann meldet euch einfach in meinem Wahlkreisbüro: info@wahlkreisbuero-woelfle.de

